

Ägyptische Journalisten unter Einschüchterungsdruck

Ägypten verfügt traditionell über eine vergleichsweise freie und selbstbewusste Presse. Seit einiger Zeit erhöht die ägyptische Regierung allerdings den Druck auf die Medien. Verhaftungen, Zensur und Verbote nehmen zu. Der Prozess steigender Einflussnahme auf Journalisten, Blogger, Verleger und Fernsehmacher bedient sich allerdings subtiler Methoden und geschieht oft unter dem Vorwand des Schutzes von Werten, Religion und nationalem Interesse.

Anfang Februar 2009 meldeten die ägyptischen Zeitungen zwei Vorkommnisse, die in gewisser Weise als symptomatisch für einen neuen Umgang ägyptischer Behörden mit unliebsamen Medienvertretern angesehen werden können. Die erste Meldung betraf die Aussetzung der Haftstrafen gegen vier Herausgeber ägyptischer Zeitungen, die im Herbst 2007 falsche Gerüchte über den Gesundheitszustand Präsident Mubaraks gestreut hatten. Einer der vier Journalisten, Ibrahim Eissa, war allerdings schon im Oktober 2008 vom Präsidenten persönlich begnadigt worden. Das jetzige Urteil hob zwar die drohenden Gefängnisstrafen auf, hielt aber die Geldstrafen aufrecht und schließt weitere juristische Schritte nicht aus.

Die zweite Meldung betraf die Verhaftung und Freilassung des deutsch-ägyptischen Bloggers und Aktivisten Phillip Risk. Der 26jährige Student Risk war am 6. Februar unter merkwürdigen Umständen zunächst verhaftet und dann von Sicherheitskräften aus Polizeigewahrsam „entführt“ worden. Risk, ein Absolvent der deutschen Schule in Kairo, war zuvor durch politische State-

ments auf seinem Internet-Blog aufgefallen. Anfang Februar hatte er dann zusammen mit anderen pro-palästinensischen Aktivisten zu einem „Solidaritätsmarsch für Gaza“ aufgerufen und dabei auch die Gaza-Politik der ägyptischen Regierung kritisiert. Diesen Marsch nahmen die ägyptischen Behörden zum Anlass, um Risk vorübergehend zu verhaften und an einen unbekanntem Ort zu bringen. Gleichzeitig wurde die Wohnung von Risks Familie durchsucht. Am 11. Februar wurde der Student schließlich auf Druck seines Anwalts und vor dem Hintergrund der internationalen Berichterstattung über diesen Fall ohne Angabe von Gründen wieder freigelassen.

Der Fall der vier Journalisten und die merkwürdigen Umstände der Verhaftung und Freilassung des deutsch-ägyptischen Bloggers scheinen typisch für die Behandlung unliebsamer Journalisten in Ägypten zu werden. Diese Behandlung äußert sich häufig nicht in unmittelbarer Repression sondern in einer für die Betroffenen oft unkalkulierbaren Mischung aus Einschüchterung und Diskreditierung. Argumentationsgrundlage ist in der Regel der Schutz von Religion, Moral und nationalem Interesse. Eine Reihe von neuen Regelungen und Maßnahmen sollen die politischen und rechtlichen Grundlagen dieser Strategie liefern.

Neue Regelungen

Seit mehr als einem halben Jahr wird in Ägypten über ein neues Mediengesetz spekuliert. Auslöser waren Textauszüge, die in der regierungskritischen Zeitung *Al-Masry al-Yawm* Anfang Juli 2008 veröffentlicht

LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

ANDREAS JACOBS
DORTHE SIEGMUND
Februar 2009

KAS-Länderberichte
www.kas.de/aegypten

wurden und landesweite Empörung bei Medienschaffenden auslösten. Grund der Empörung ist vor allem die ethische und religiöse Begründung schärferer Reglementierungen von Journalisten. Nach den bisher bekannt gewordenen Passagen des Gesetzes soll ein ethischer „Code of Conduct“ geschaffen werden, der die Grenzen journalistischen Arbeitens festlegt. Betroffen seien vor allem visuelle Medien und das Internet, aber auch die Printmedien. Selbst das Versenden privater E-Mails mit „unmoralischen und religiösen“ Inhalten soll nach den bekannt gewordenen Passagen verboten werden können.

Während Inhalt und Reichweite des geplanten ägyptischen Mediengesetzes noch weitgehend unklar sind, ist die Richtung offensichtlich. Die ägyptische Regierung hatte bereits Anfang 2008 eine gesamtarabische Initiative mit ähnlicher Stoßrichtung gestartet. Ergebnis war die sog. „Arab Satellite Broadcast Charta“ der Arabischen Liga. Vor allem Ägypten, aber auch Saudi Arabien und einige andere arabische Regierungen wollten hierdurch eine stärkere Kontrolle über die wachsende Landschaft regional ausstrahlender Satellitenkanäle gewinnen. Argumentiert wird auch hier wieder mit Werten, Religion und nationalem Interesse. Einige TV-Sender würden mit der Verunglimpfung arabischer Führer, dem gezielten Tabubruch und der Beleidigung religiöser Symbole und Gefühle den inneren Frieden und die nationale Einheit arabischer Staaten gefährden – so die Begründung der Initiatoren.

Für Beobachter ist allerdings offensichtlich, dass die Charta vor allem gegen kritische TV-Sender wie den aus Katar sendenden Satelliten-Kanal „Al-Jazeera“ gerichtet ist. Das kleine Emirat weigerte sich daher – ebenso wie Bahrain – das Abkommen zu unterzeichnen. Rechtlich macht dies keinen

Unterschied. Beschlüsse der Arabischen Liga haben ohnehin nur empfehlenden Charakter. De facto lieferte die Charta aber eine wichtige Argumentationsgrundlage für das individuelle Vorgehen der ägyptischen Regierung gegen unliebsame Medien. Erstes Opfer war das Medienunternehmen Cairo News Company (CNC). CNC hatte internationalen Medien im April 2008 Fernsehbilder von ägyptischen Demonstranten zur Verfügung gestellt, die Bilder von Präsident Mubarak mit Füßen traten. Die ägyptischen Behörden konfiszierten daraufhin Ausrüstungen von CNC und leiteten ein Lizenzverfahren gegen den Leiter des Medienunternehmens ein, das sich bis heute hinzieht.

Blogger im Visier

Während sich der Druck auf die arabischen Satelliten-Kanäle erst im vergangenen Jahr erhöhte, sind Blogger und Internetnutzer bereits seit einiger Zeit im Visier der ägyptischen Medienwächter. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ setzte Ägypten schon 2007 auf die Liste der „schlimmsten Feinde des Internets“. Das internationale „Committee to Protect Bloggers“ geht davon aus, dass ein Drittel der weltweit inhaftierten Blogger Ägypter sind. Ägyptische Blogger verstehen sich oft nicht als unpolitische Tagebuchschreiber, sondern als außerparlamentarische Opposition. Ihre politischen Ansichten sind heterogen und reichen von islamistisch über nationalistisch und liberal bis anti-religiös. Viele ägyptische Blogger weigern sich, einer klaren politischen Orientierung zugeordnet zu werden und verstehen sich stattdessen als Teil einer breiten öffentlichen Opposition, die politische Inhalte oft mit Satire und Aktionskunst verbindet.

Die ägyptische Bloggerszene begann sich 2005 zu formieren und konzentrierte sich von Beginn an auf die Diskussion der politi-

LÄNDERBÜRO ÄGYPTEN

ANDREAS JACOBS
DORTHE SIEGMUND
Februar 2009

KAS-Länderberichte
www.kas.de/aegypten

schen Verhältnisse im Land, die Publikmachung von Polizeigewalt und die Organisation von Demonstrationen – mit zum Teil bemerkenswerten Erfolgen. Mitte 2007 stellten ägyptische Blogger Videos mit Folterszenen in ägyptischen Polizeistationen online, die zu einer breiten Debatte von Polizeiübergreifen in Ägypten und schließlich sogar zur Verhaftung und Verurteilung der beteiligten Beamten führten. Die Demonstrationen und Streiks des Frühjahrs 2008 waren ebenfalls maßgeblich von Bloggern organisiert worden.

Die ägyptische Regierung sah dem bunten Treiben der Bloggerszene nicht lange untätig zu. Vor allem ab 2007 kam es zu einer Reihe von Inhaftierungen und Einschüchterungsversuchen, die ebenfalls wieder mit dem Schutz von Religion, Moral und nationalem Interesse begründet wurden. Prominentestes Opfer war bisher der Blogger Karim Amer, der im Februar 2008 zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Die Anklage lautete unter anderem auf "Verbreitung von Informationen zur Störung der öffentlichen Ordnung und Schädigung des Ansehens des Landes", "Aufwiegelung zum Hass gegen den Islam" und "Diffamierung des Präsidenten". Anklagen und willkürliche Inhaftierungen gegen eine Reihe weiterer Blogger und Internet-Aktivisten folgten.

Mit ihrem verschärften Vorgehen gegen Blogger und Journalisten verfolgen die ägyptischen Behörden eine neue Linie im Umgang mit dem Internet. Seit Mitte der neunziger Jahre hatte die Regierung die Verbreitung des Internets als Motor für Modernisierung und wirtschaftliche Öffnung gezielt vorangetrieben. Viele Ägypter erhielten in dieser Zeit kostengünstige Zugänge zum eigenen Computer und zum Internet. Parallel wurden in vielen Cafés und Restaurants WLAN-Zugänge eingerichtet. Seit eini-

gen Jahren wird diese Infrastruktur wieder deutlich stärker überwacht. Die ägyptische Regierung richtete eine eigene Behörde zur Kontrolle des Internets ein, die auch den E-Mailverkehr von Privatnutzern überwachen kann. Betreiber von Internetcafés werden aufgefordert, ihre Kunden zu registrieren und den Behörden unverzüglich zu melden, wenn politisch oder religiös „problematische“ Webseiten besucht werden.

Schlussbetrachtung

Nach einer Periode des relativen Laisser-faire ziehen ägyptische Behörden im Umgang mit nationalen und internationalen Medien wieder verstärkt die Zügel an. Bemerkenswert ist hierbei nicht ein striktes polizeiliches und juristisches Vorgehen sondern eine Mischung aus exemplarischen Maßnahmen und verschleppten Justizverfahren, die für die Betroffenen meistens – aber nicht immer - relativ glimpflich ausgehen. Diese Strategie bedient sich unterschiedlicher Elemente von Willkür, Einschüchterung und Unvorhersehbarkeit. Hintergrund ist einerseits die zunehmende Sorge der ägyptischen Behörden vor unabhängiger Berichterstattung und innenpolitischer Kritik, andererseits aber auch die Rücksichtnahme auf die internationale Wahrnehmung des Landes als prowestlicher Stabilitätsfaktor.

Dr. Andreas Jacobs ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten.

Dorthe Siegmund ist Studentin der Politikwissenschaft an der Universität München und Praktikantin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten.